E-ID

Die Schweiz stürzt kopfüber in die EU-Wallet

Wie die Schweiz am Demokratieabbau mitwirkt und die Bürger zur 24/7-überwachten Schafherde macht

Die EU Digital Identity Wallet – Was ist das eigentlich?

Die Europäische Union verkauft die EUDI Wallet als digitale Allzweck-Brieftasche für jeden Bürger, jede Firma und jede Behörde. Bis spätestens 2026 MUSS jeder EU-Mitgliedsstaat eine solche Wallet-App für seine Bürger, Bewohner und Unternehmen anbieten: verpflichtend für die Staaten, offiziell freiwillig für den Einzelnen.

Die Wallet soll vier Grundfunktionen abdecken:

- **Authentifizieren**: Zugang zu Online-Diensten ohne Passwortchaos – mit wenigen Klicks deine Identität bestätigen.
- **Speichern**: Digitale Dokumente wie Führerschein, Ausweis, Diplome, Zugtickets oder Gesundheitsdaten gesammelt in einer App.
- **Teilen**: Mit einem Klick Unterlagen an Arbeitgeber, Banken oder Behörden weitergeben.
- **Signieren**: Dokumente digital rechtsverbindlich unterschreiben.

Die Botschaft aus Brüssel klingt verlockend: ein einziges, sicheres und grenzüberschreitendes Tool für alle Lebensbereiche. Egal ob Steuererklärung, Bankkonto, Arztbesuch, Bewerbung oder Reise, die Wallet soll zum universellen Schlüssel werden.

Von der ID-Karte zum digitalen Masterkey

Die Wallet ist nicht nur ein digitaler Ausweis. Sie ist ein Container für praktisch alle persönlichen Daten:

- staatliche Dokumente *(Personalausweis, Führerschein, Reisepass)*

- Bildungsnachweise *(Diplome, Zeugnisse)*
- Gesundheitsdaten *(Impfungen, Krankengeschichte)*
- Bank- und Zahlungsinformationen
- Arbeits- und Vertragsdaten
- Mitgliedschaften *(z. B. Fitnessstudio, Konferenzen)*

Die EU wirbt mit Schlagworten wie „privacy by design“, „user control“ und „interoperabel über Grenzen hinweg“. Faktisch bedeutet es: eine zentrale, einheitliche Infrastruktur, über die sich alle Bürger und Organisationen künftig identifizieren müssen.

Der Haken: Freiwillig – bis es alternativlos wird

Auf dem Papier bleibt die Wallet für Bürger „freiwillig“. Doch das Muster ist bekannt: Sobald Behörden, Banken, Airlines oder Arbeitgeber die Wallet als Standard einführen, entsteht eine digitale Einbahnstrasse. **Ohne Wallet kein Konto, kein Ticket, kein Vertrag.**

Das EU-Parlament hat mit eIDAS-2 bereits die Grundlage gelegt. Die Staaten sind verpflichtet, Wallets bereitzustellen. Wer glaubt, man könne sich als Bürger langfristig entziehen, irrt. „Freiwilligkeit“ bedeutet in der Praxis:

> Du darfst frei entscheiden, aber ohne Wallet kommst du nicht mehr rein.

Und mal ehrlich: Kommt uns das nicht verdächtig bekannt vor? Genau so lief es in der Corona-Plandemie: offiziell alles freiwillig, praktisch ein System aus Druck, Ausschluss und Zwang. Deshalb sollten jetzt alle Alarmglocken klingeln. Wir machen so ein Spiel garantiert nicht noch einmal mit, es sei denn, wir sind noch dümmer, als wir bislang gedacht haben.

Die Risiken – die andere Seite der Medaille

Kritiker schlagen Alarm: Hinter den glänzenden Werbeversprechen lauert eine gefährliche Realität.

- **Over-Identification**: Bürger geben weit mehr Daten preis, als nötig wäre. Banken, Versicherungen oder Online-Shops können durch geschicktes Design oder kleine

Rabatte Nutzer dazu drängen, ihr komplettes Profil offenzulegen.
- **Manipulation durch Dark Patterns**: Experten wie Henk Marsman warnen: „Ein kleiner Rabatt reicht, und schon liefern Menschen freiwillig ihre intimsten Daten." Mit psychologischen Tricks wird „Selbstbestimmung" zur Farce.
- **Datenhunger der Konzerne**: Hinter den „relying parties" – also Banken, Dienstleister, Arbeitgeber – steckt ein Geschäftsmodell, das auf immer mehr Daten basiert. Die Wallet macht das Sammeln nicht schwieriger, sondern bequemer.
- **Gefahr der Zentralisierung**: Alle sensiblen Dokumente in einer App? Jackpot für Hacker, ein Traum für Cyberkriminelle. Ein verlorenes Handy oder ein Sicherheitsleck – und Identität, Konto, Gesundheitsakte sind kompromittiert.
- **Totale Nachverfolgung**: Die Wallet basiert auf eindeutigen Identifikatoren. Das bedeutet: Jede Transaktion, jede Anmeldung, jeder Klick kann lückenlos nachverfolgt und gespeichert werden – von Behörden genauso wie von Konzernen.

Kurz: Die EUDI Wallet ist kein harmloser digitaler Ausweis, sondern die Infrastruktur für ein **neues Kontroll- und Überwachungssystem**. Offiziell „praktisch", in Wirklichkeit brandgefährlich.

Visa und die Pflicht ab 2027

Ein besonders entlarvendes Beispiel liefert die Finanzindustrie selbst: Visa feiert die EU Digital Identity Wallet als „Gamechanger" und sieht sie schon 2027 als Pflicht-Infrastruktur für Zahlungen. Das bedeutet: Banken und Zahlungsanbieter *müssen* die Wallet integrieren, und für die Bürger wird sie damit automatisch zum Zwangswerkzeug. Ohne Wallet kein Konto, keine Zahlung, keine Teilnahme am Wirtschaftsleben.

Hinzu kommt das offene Gerede über neue Funktionen wie Einkommens-Tracking oder IBAN-Verknüpfungen. Das ist der klassische „function creep": Ein System wird eingeführt mit einem Versprechen (bequem, sicher, freiwillig) und schleichend um neue Zwecke erweitert, bis es alles abdeckt und keine Ausweichmöglichkeit mehr bleibt.

Mit jedem Schritt wächst die Gefahr, dass die Wallet nicht mehr Schutz, sondern Überwachung rund um die Uhr bedeutet: ein Skelettschlüssel zum modernen Leben, ohne jede Begrenzung für diejenigen, die ihn nutzen.

Und die Schweiz? Längst tief verstrickt.

Wer glaubt, wir seien als Nicht-EU-Land aussen vor, irrt gewaltig. Die Schweiz steckt mitten drin, nur wird es den Bürgern verschwiegen.

Die Firma SwissSign ist Teil des EU-Mammutprojekts „We Build“ mit fast 200 Partnern und 25 Millionen Euro Budget. Dort werden die Grundlagen gelegt für Wallets von Privatpersonen, Unternehmen und deren Vertretern. Mit anderen Worten: Die Schweiz hilft beim Bau der Infrastruktur, über die Europa künftig Bürger und Firmen kontrolliert.

Besonders brisant:

> SwissSign arbeitet an Business-Wallets (wer darf im Namen einer Firma Verträge unterzeichnen, Kredite aufnehmen etc.) und an den technischen Basisfunktionen für sichere, interoperable Wallets in ganz Europa. Die Schweiz liefert also aktiv Bausteine für ein System, das offiziell „freiwillig“ genannt wird, in Wahrheit aber auf Zwang hinausläuft.

Und das geschieht ohne jede offene Diskussion. Während wir über eine nationale E-ID abstimmen, verschweigt der Bundesrat, dass diese E-ID nichts anderes als die Eintrittskarte in die EU-Wallet ist. Oder glaubt jemand ernsthaft, der Bundesrat schreibt das so ins Abstimmungsbüchlein?

Wer Ja sagt, stimmt damit nicht für eine kleine Komfortlösung, sondern für den direkten Anschluss an ein Überwachungssystem, das schon jetzt auf Zwang programmiert ist.

Kurz: Die Schweiz baut mit, aber nicht auf Demokratie. Erzwungene Freiwilligkeit ist nichts anderes als Zwang. Punkt.

Die entscheidende Frage

Glaubt denn wirklich noch jemand, dass die Schweiz dauerhaft „freiwillig“ bleibt, wenn Banken, Behörden, Airlines oder selbst die Post die Wallet als Voraussetzung machen? Wer heute meint, er könne sich entziehen, wird morgen feststellen: Ohne Wallet kein Konto, kein Ticket, kein Steuerportal, kein Zugang zu den eigenen Gesundheitsdaten. Das hat nichts mehr mit Wahlfreiheit zu tun, sondern mit digitalem Zwang durch die Hintertür.

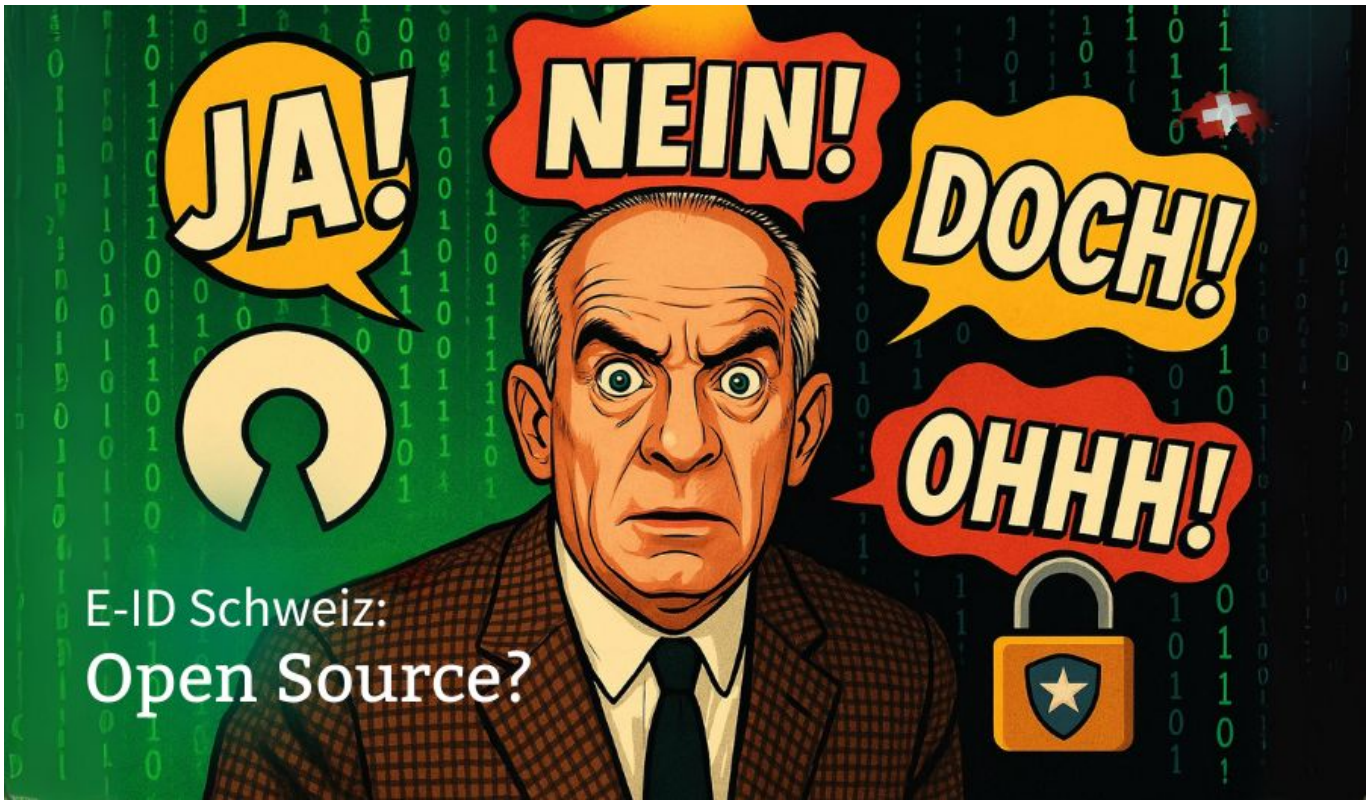
Wenn Europa flächendeckend umstellt, wird die Schweiz nicht aussen vor bleiben. Im Gegenteil: Schon heute ist sie durch SwissSign Teil der Pilotprojekte, während die Politik den Bürgern erzählt, es gehe nur um eine harmlose E-ID. Die Weichen sind längst gestellt, nur merken es die wenigsten. Genau deshalb ist die Abstimmung über die E-ID keine nationale Detailfrage, sondern ein Grundsatzentscheid über unsere Freiheit.

Wir lassen uns nicht an die EU-Kette legen

Die Schweiz baut längst am EU-Digitalgefängnis mit, nur wird es den Bürgern verschwiegen. Offiziell kein EU-Mitglied, faktisch schon dabei. Und jetzt sollen wir uns mit der E-ID freiwillig selbst fesseln?

Wer das akzeptiert, stimmt nicht über ein Login ab, sondern über die eigene Unterwerfung. Darum: Nein zur E-ID, bevor wir im EU-Zirkus als dressierte Pudel auftreten, woran wir ja offenbar fleissig arbeiten.

Artikel zur E-ID



Open Source? Erst ja, dann doch nicht – Die Schweizer E-ID im Testlauf der Kontrolle

by Redakteurin | Aug. 27, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

E-ID Schweiz: Open Source? Erst ja – dann doch nicht.

E-ID: Dein digitales Halsband – von dir bezahlt, vom fedpol verwaltet

by Redakteurin | Aug. 21, 2025 | E-ID, Politik, Scheindemokratie, UN Agenda

E-ID: Vom fedpol verwaltet, als digitales Halsband für alle Bürger. Warum das neue Kontrollsystem mehr Überwachung als Service bedeutet.

EpG-Revision ohne Aufarbeitung? 14 Todsünden auf dem Prüfstand

by Redakteurin | Aug. 20, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

Die 14 Todsünden des Epidemiengesetzes: Warum die Revision gefährlich ist – Macht, Kontrolle, WHO-Einfluss und Grundrechtsabbau im Überblick.

Unfair ID: Agenda 2030, globale Kontrolle und die Schweizer Falle

by Redakteurin | Aug. 20, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

Agenda 2030 & E-ID: Verspricht Inklusion, bringt Kontrolle. Warum die digitale Identität zur Falle für Freiheit und Rechte in der Schweiz wird.

Irgendwann wird alles zur Pflicht – eine kleine Schweizer Geschichte des Zwangs

by Redakteurin | Aug. 19, 2025 | E-ID, Politik, Scheindemokratie

Es ist schon fast ein Naturgesetz: In der Schweiz fängt alles „freiwillig“ an und endet im Formularstapel mit Strafandrohung. Warum eigentlich?

E-ID: Freiwillig war gestern

by Redakteurin | Aug. 18, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

Die E-ID wirkt harmlos und praktisch – doch wie beim „Frosch im Kochtopf“ führt sie Schritt für Schritt in Abhängigkeit und Kontrolle. Jetzt hinschauen!

Die letzte Falle: E-ID, CBDC und das Ende unserer Banken

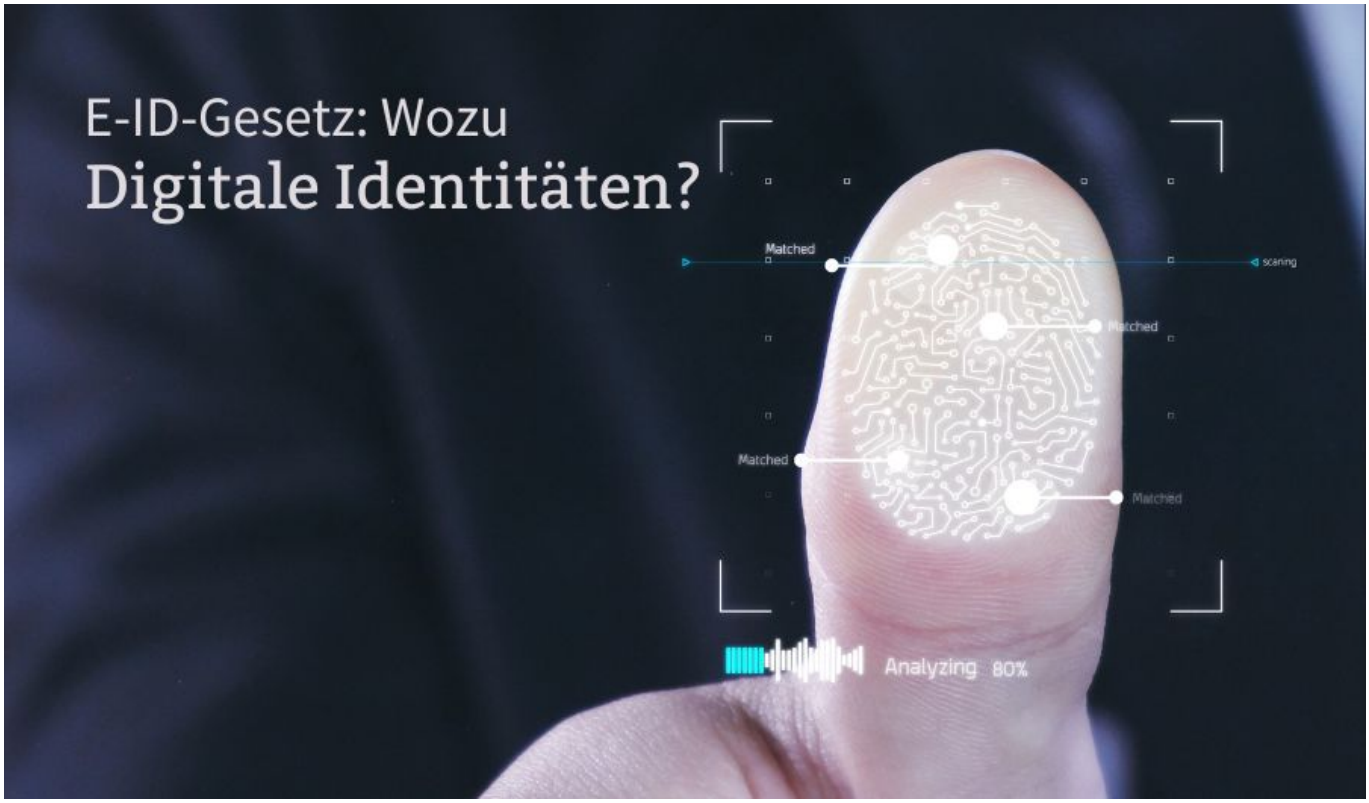
by Redakteurin | Juli 8, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

Wie die E-ID zur Vernichtung der Schweizer Banken beiträgt – oder: warum niemand die Punkte verbindet!

Schachmatt mit Ansage: Die E-ID killt das Referendum

by Redakteurin | Juni 20, 2025 | E-ID, Medien, Scheindemokratie

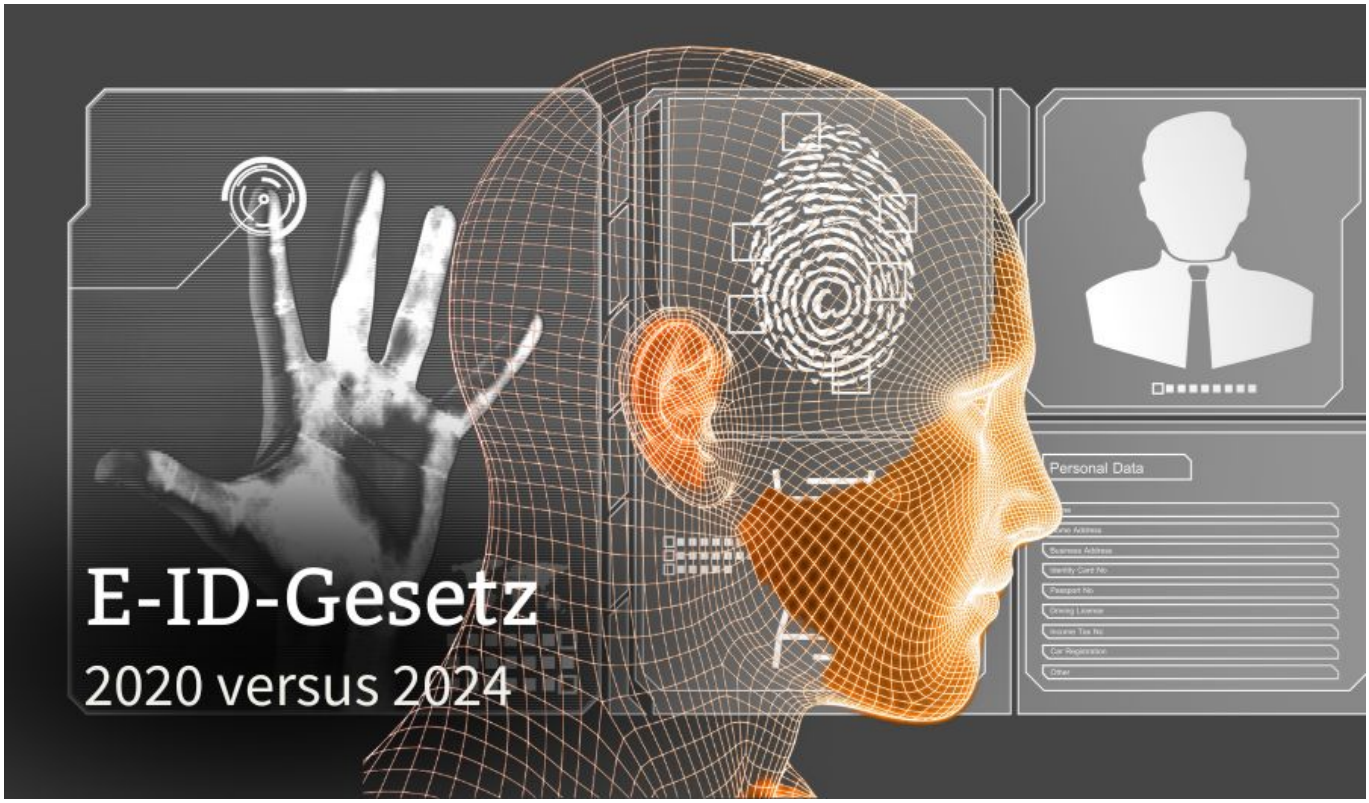
Vergiss Brüssel – mit der E-ID hebeln wir die direkte Demokratie selbst aus!



Wozu digitale Identitäten? Hintergründe zum neuen E-ID-Gesetz

by Redakteurin | Jan. 20, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

Die Diskussion über digitale Identitäten in der Schweiz gewinnt durch das neue E-ID-Gesetz und die gleichzeitigen Entwicklungen in der Revision an Brisanz.



E-ID-Gesetz 2020 versus 2024 – finde die Anpassungen

by Redakteurin | Jan. 12, 2025 | E-ID, Politik, UN Agenda

Vergleich des E-ID-Gesetzes von 2020 und der neuen Vorlage von 2024: Was hat sich geändert und wurde der Volksentscheid berücksichtigt? Ist jetzt irgendetwas besser?

Next Entries »